

# Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2020

Das Parlament wird den Jahresbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) für 2019 auf seiner Plenartagung im Februar in Anwesenheit der EZB-Präsidentin Christine Lagarde erörtern. Grundlage der Debatte ist der Initiativbericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON), der sich insbesondere auf die Geldpolitik der EZB im Zusammenhang mit der Coronavirus-Krise, auf Maßnahmen zur Finanzstabilität und auf Maßnahmen gegen den Klimawandel konzentriert.

## Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2019

Wie im [Jahresbericht der EZB 2019](#) dargelegt, setzte sich die wirtschaftliche Expansion im Euro-Währungsgebiet 2019 fort, verlangsamte sich jedoch von 1,8 % im Jahr 2018 auf 1,2 % im Jahr 2019. Dies war in erster Linie auf die Abschwächung der Weltwirtschaft zurückzuführen, die durch einen Rückgang der Produktion und der Investitionen im verarbeitenden Gewerbe vor dem Hintergrund der Unsicherheit beim Handel bedingt war. Dennoch verbesserte sich der Arbeitsmarkt weiter, wobei die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,6 % zurückging. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate sank von 1,7 % im Jahr 2019 auf 1,2 % im Jahr 2018, was vor allem auf die niedrigere Inflation bei Energie und Nahrungsmitteln zurückzuführen ist. Vor diesem makroökonomischen Hintergrund verfolgte die EZB im Laufe des Jahres 2019 eine akkommodierende Geldpolitik. Im [September 2019](#) senkte der EZB-Rat den [Einlagesatz](#) von -0,40 % auf -0,50 % und beschloss die Wiederaufnahme der Nettokäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten ([APP](#)) im November desselben Jahres mit einem monatlichen Volumen von 20 Mrd EUR.

## 2020 im Rampenlicht

Der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie im Frühjahr 2020 war ein großer Schock für die Wirtschaft. Die EZB [prognostiziert](#) für 2020 einen Rückgang des realen BIP im Euro-Währungsgebiet um 7,3 % und einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 8,0 %. Die EZB hat [außerordentliche Maßnahmen](#) ergriffen, um die Auswirkungen abzumildern, darunter geldpolitischen Impulse, nicht standardisierte geldpolitische Maßnahmen und vorübergehende [Kapital- und operative Entlastungen für Banken](#), um deren Kreditvergabekapazität zu erhöhen. Im März erhöhte der EZB-Rat den Umfang der bestehenden Programme zum Ankauf von Vermögenswerten durch einen befristeten Rahmen [zusätzlicher Netto-Vermögenskäufe](#) in Höhe von 120 Mrd. EUR bis Ende 2020 und legte ein befristetes, separates und zusätzliches [Pandemie-Notfallankaufprogramm](#) (PEPP) mit einem Rahmen von 750 Mrd. EUR auf, der später auf insgesamt 1 850 Mrd. EUR erhöht wurde.

## Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 10. Dezember 2020 nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Parlaments einen [Initiativbericht](#) über den EZB-Jahresbericht 2019 an, in dem auch die Rolle der EZB bei der Bewältigung der COVID-19-Krise behandelt wird. In dem Bericht wird die Forderung von Präsidentin Lagarde nach einer [vollständigen Abstimmung der Fiskal- und Geldpolitik](#) sowie die Entschlossenheit der EZB gewürdigt, die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet zu unterstützen. Die rasche und umfassende geldpolitische Reaktion der EZB auf die COVID-19-Krise in einer Notlage wird begrüßt, und es wird erwartet, dass die EZB ihre Unterstützung so lange wie nötig aufrechterhält. Es wird betont, dass Geldpolitik allein nicht ausreichen wird, um eine [nachhaltige wirtschaftliche Erholung](#) zu erreichen, und dass sie von Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts flankiert werden muss. Die Mitgliedstaaten werden davor gewarnt, das Niedrigzinsumfeld für eine Selbstverständlichkeit zu erachten, und es werden die Spillover-Effekte einer sehr akkommodierenden Geldpolitik betont, wie etwa die Auswirkungen auf die Sparer oder das Risiko einer Vermögenspreisinflation. Das Engagement von

Präsidentin Lagarde im Rahmen des [Klimawandels](#) wird zur Kenntnis genommen, und die EZB wird aufgefordert, ihren Sicherheitenrahmen an die Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel anzupassen und offenzulegen, inwieweit er dem Übereinkommen von Paris entspricht, und eine solche Angleichung im Bankensektor zu prüfen. Die von der EZB durchgeführten Analysen und vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Einführung eines [digitalen Euro](#) werden begrüßt. Die EZB wird aufgefordert, Möglichkeiten zu prüfen, die [internationale Rolle des Euro](#) zu stärken. Schließlich befasst er sich mit Fragen der Rechenschaftspflicht und weist insbesondere auf die große Sorge des Parlaments im Hinblick auf die [ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern](#) im EZB-Rat hin.

Initiativbericht: [2020/2123\(INI\)](#); federführender Ausschuss: ECON Berichterstatter: Sven Simon (EVP, Deutschland).

